

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2001)

Heft: 1: Warten bis es knallt!

Artikel: Verwaltungsrat Couchebin und sein Hof

Autor: Marti, Kurt

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586057>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwaltungsrat Couchepin und sein Hof

Zuerst wollte der Bundesrat die Betriebszeit der Atomkraftwerke befristen. Dann leitete die vereinigte Atomlobby Dampf auf die Turbinen von Ex-Elektrowatt*-Vizepräsident Pascal Couchepin und der Gesamtbundesrat kapitulierte. Die Atomlobbyisten hatten sich hinter den Kulissen durchgeboxt und beherrschen die Argumentation des Bundesrates. So werden in der Schweiz weit reichende Gesetze gemacht: Undemokratisch und verfilzt.



**Von Kurt Marti,
E&U-Redaktor**

Vor fast zwanzig Jahren kam ein Klassiker mit dem Titel «Wer regiert die Schweiz?» auf den Buchmarkt, geschrieben vom Tagesanzeiger-Redaktor Hans Tschäni. Darin zeigt Tschäni minutiös, dass die Schweiz von ein paar hundert Berufslobbyisten regiert wird, welche in allen erdenklichen Zeitpunkten die Gesetzgebung und den Gesetzesvollzug diktieren, und zwar undemokratisch am Volk vorbei. Und der Bundesrat macht dabei mit, als wäre es die natürlichste Sache der Welt. Daran hat sich bis heute nichts geändert, außer dass die Arbeit der Lobbyisten professioneller geworden ist.

Vom alten AKW bleibt nur der Werkzaun

Ein Paradebeispiel dafür ist die Erarbeitung des Atomenergiegesetzes. Ein zentraler Punkt ist dabei die Befristung der Betriebszeiten der Atomkraftwerke. Bis vor kurzem gingen die AKW-Betreiber von einer Laufzeit von maximal 40 Jahren aus. Weil der Bau von neuen Atomkraftwerken unter erhöhten Sicherheitsbestimmungen viel zu teuer ist, wollen die Reaktorforscher die Atomkraftwerke gleichsam von innen her Stück für Stück am alten Standort neu bauen. Die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA) kommt zum Schluss, «dass heute praktisch jede KKW-Komponente ersetzt werden kann

und übrig bleibt nur noch der ursprüngliche Werkzaun.» Auf diese Weise erspart man sich die Bewilligung und die Standortdiskussion für ein neues Atomkraftwerk. Aber die Bauart bleibt dieselbe. Im Klartext: Es werden neue Atomkraftwerke gebaut, welche den Sicherheitsanforderungen an neue Reaktoren niemals genügen würden.

Chronologie der Filzokratie

Deshalb laufen die AKW-Betreiber seit rund zwei Jahren Sturm gegen jegliche Befristung der Betriebszeit. Das Ziel ihrer Intervention ist das neue Atomenergiegesetz, welches demnächst im National- und Ständerat beraten wird. Nachfolgend die Chronologie, wie in der Schweiz Gesetzeskonsernen fabriziert werden:

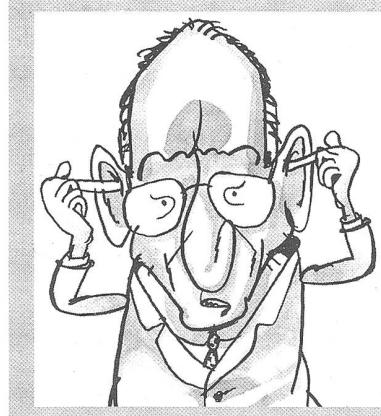
August 1996: Bundesrat Moritz Leuenberger ruft rund 20 InteressenvertreterInnen, darunter auch die Umweltverbände, zum breiten Energiedialog. Leuenberger bezeichnet den Dialog als Vorvernehmlassung für das Atomenergiegesetz. Gestritten wird vor allem über die Restlaufzeiten der Atom-

Couchepins Brandrede vor der Atomenergievereinigung

Staatspolitisch höchst verwerflich!

(ktm) FDP-Bundesrat Pascal Couchepin forderte an der letzten Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) die versammelten Atomlobby in einer feurigen Brandrede auf: «Gehen Sie an die Öffentlichkeit, schreiben Sie Artikel. In einer Demokratie darf es nicht sein, dass eine Stimme in der öffentlichen Debatte zu stark überwiegt. Selbst wenn Sie sich auf eine gewisse Stärke aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung Ihrer Unternehmen stützen können: Am Ende wird über die Zukunft der Energiepolitik nicht nur in den Verwaltungsräten entschieden, sondern vielleicht noch mehr in der öffentlichen Meinung.» Es sei wichtig, dass «in der Diskussion über die zukünftige Energiepolitik eine andere Stimme erhebt und dass diese Stimme auch gehört wird.» Aus folgenden Gründen ist diese Haltung staatspolitisch inakzeptabel:

- Es ist eine völlige Verdrehung der Tatsachen, wenn Couchepin vorgibt, die Stimme der Atomlobby werde nicht gehört. Der Bundesrat hat in einer einzigartigen Spitzkehre die Haltung der Atomwirtschaft voll übernommen und das Atomenergiegesetz zu einem Atomförderungsgesetz umfunktioniert.
- Bundesrat Couchepin fürchtet die Abstimmung über die Ausstiegs- und Moratorium-Plus-Initiativen. Deshalb appelliert er an die SVA, auch das Volk zu bearbeiten, nachdem die Atomlobby erfolgreich den Bundesrat infiltriert hat.
- Mit einem bedauernden Unterton erwähnt Couchepin, dass nicht nur in den Verwaltungsräten über die Zukunft der Energiepolitik entschieden wird, sondern vielleicht noch mehr in der öffentlichen Meinung. Es ist der Gipfel, wenn Couchepin sogar die Verwaltungsräte und Atomlobbyisten aufruft, auf Grund ihrer Stärke ihre Stimme zu erheben.



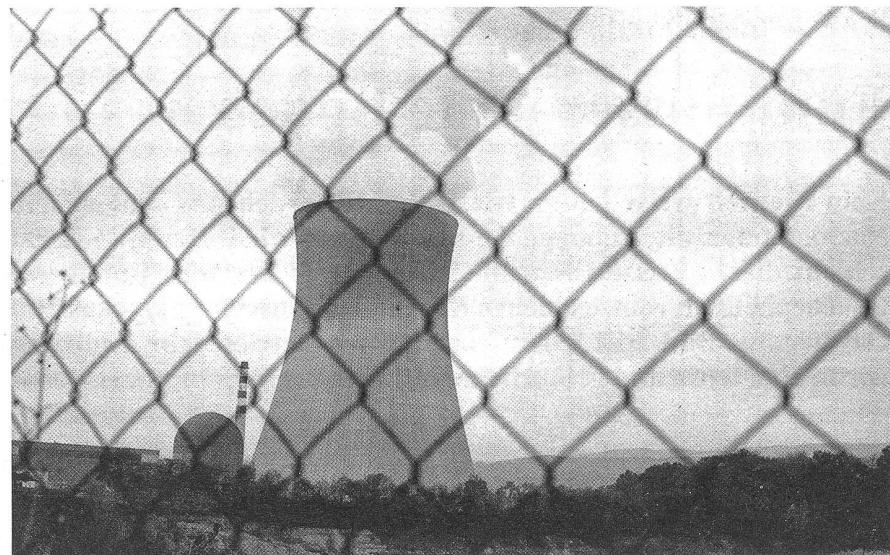
* Massgebliche Beteiligung am AKW Leibstadt

kraftwerke. Erwartungsgemäss ist der Atomenergiegraben nach einem Jahr so gross wie zuvor.

September 1998: Bundesrat Leuenberger gibt dem AKW Mühleberg eine letzte Frist von 10 Jahren. Nach insgesamt 40 Jahren soll Mühleberg und ebenfalls die vier anderen Atomkraftwerke vom Netz. Begründung des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK): Mühleberg könnte nachher nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden, weil es kostspielige Sicherheitsauflagen zu erfüllen habe. Im UVEK spricht man von einer «Neuausrichtung der Energiepolitik» und von einem «ersten Schritt zum Ausstieg aus der Atomenegie».

Oktober 1998: Der Gesamtbundesrat entscheidet an einer Klausursitzung, die Betriebszeit zu befristen. Leuenbergers Wunsch sind 40 Jahre. Der Bundesrat spricht von «einem geordneten Rückzug aus der Kernenergie».. Gleichzeitig bewilligt er dem AKW Leibstadt eine Leistungserhöhung von 15 Prozent und befristet den Betrieb von Mühleberg bis ins Jahr 2012. Damit hat er die Atomgeister innerhalb und ausserhalb des Bundeshauses geweckt.

Winter 1998/1999: Die Bundesräte Couchepin und Leuenberger führen mit den Atomlobbyisten und den Umweltorganisationen Gespräche. Couchepin gebärdet sich als Energieminister, Leuenberger überlässt das Feld dem Ex-Elektrowatt-Vizepräsident Couchepin. Der Atom- und Strom-



«Vom alten AKW bleibt nur noch der Werkzaun.»

wirtschaft ist es durch intensives Lobbying gelungen, erneut den Teufel der Energieknappheit an die Wand zu malen, nachdem ihre überrissenen Prognosen schon für die 90er Jahre meilenweit daneben griffen. Gleichzeitig blockieren Leuenbergers Beamte im Bundesamt für Energie (BFE) nachwievor ein zentrales Ersatzpotential, nämlich die Wärme-Kraft-Kopplung (WKK).

Juni 1999: Der Bundesrat spricht nur noch vorsichtig von «einer allfälligen Befristung». Das Atomlobbying zeigt Wirkung. Die atomaren Einflüsterer haben sich hinter den Kulissen durchgesetzt.

März 2000: Der Bundesrat schickt das Atomenergiegesetz in die Vernehmlassung. Er legt eine Varianten mit und eine ohne Befristung vor. Der Bundesrat argumentiert noch voll für eine Befristung:

1. Die Schweizer Atomkraftwerke sind auf 40 Jahre ausgelegt;
2. Es ist energiepolitisch von Bedeutung zu wissen, wann die AKW den Betrieb einstellen;
3. Für die AKW-Betreiber ist es wichtig, zu wissen, wie lange die AKW noch laufen;
4. Das Festlegen einer Frist brächte eine energiepolitische Entspannung.

Breite Koalition für AKW-Befristung

Für eine Befristung der AKW-Betriebszeiten hat sich in der Vernehmlassung zum Atomenergiegesetz eine breite Koalition ausgesprochen, nämlich:

- Kantone: Uri, Schaffhausen, Wallis, Genf, Basel-Stadt, Basel-Land, Tessin, Jura, Schwyz
- Parteien: SPS, PST, Grüne, GB, CSP, EVP, LPS
- Umweltverbände: GAK, Greenpeace, NWA, Pro Natura, SES, Strom ohne Atom, WWF
- Gewerkschaften: SGB, CNG, VSA
- Kirchen: SEK, OekU
- Sonstige: VERA, SATW, KSA

Unheimliche Spitzkehre des Bundesrates

Oktober 2000: Der Bundesrat verzichtet auf eine Befristung und stützt sich dabei auf die Ergebnisse der Vernehmlassung. Die Atom- und Wirtschaftslobby hatte sich mit unzähligen

kleineren und grösseren Vereinigungen unverhältnismässig Gehör verschafft. Unter den Tisch fällt die Volksvernehmlassung von «Strom ohne Atom» mit 45'000 Unterschriften, welche eine Befristung auf 30 Jahre verlangt. Seit dem März ist kaum ein halbes Jahr vergangen. Von den bundesrätlichen Argumenten für eine Befristung ist nichts mehr übriggeblieben. Stattdessen ist der Bundesrat jetzt voll auf Atomkurs und argumentiert:

1. Eine Befristung auf einen Zeitraum, der unter der heute geschätzten technisch möglichen Betriebsdauer liegt, führt zu grossen volkswirtschaftlichen Verlusten.
2. Die CO₂-Problematik wird durch einen längeren Weiterbetrieb der Atomkraftwerke entschärft.
3. Für die Entwicklung alternativer Energien steht mehr Zeit zur Verfügung.

Februar 2001: Der Bundesrat veröffentlicht seine Botschaft ans Parlament. Eine Befristung der Betriebszeit lehnt er ab. Die renommierten Planungsbüros Ecoplan und Prognos kommen im Auftrag des Bundesrates zum Schluss, dass eine Befristung auf 30 Jahre für alle AKWs sogar volkswirtschaftliche Vorteile bringt, wenn bereits minimale Risikokosten von 200 Milliarden berücksichtigt werden. Der Ecoplan-Prognos-Bericht wird vom BFE zensuriert und wesentliche Elemente weggelassen. (Seite 12, 20).

Fazit: Auf Hans Tschänis Frage «Wer regiert die Schweiz?» gibt es nur eine Antwort: Eine Handvoll potenter Lobbyisten und der bundesrätliche Verwaltungsrat der Schweiz AG. □